



Was zu tun bleibt ...

Die Situation der beruflichen Bildung in Deutschland ist noch längst nicht zufriedenstellend

► Das Ausbildungsjahr 2005 wird bis zum 30. September und danach eher noch schwieriger als 2004. Wenn das von allen Beteiligten an der beruflichen Bildung in Deutschland nicht geleugnet oder schönegeredet würde, wären wir ein gutes Stück weiter und würden den Jugendlichen und ihren Ausbildungs-, Berufs- und Sozialchancen den besten Dienst erweisen. Am Anfang stehen Offenheit, Wahrheit und Mut zu neuen Lösungswegen.

Fast genau vor einem Jahr haben wir im Bundesinstitut für Berufsbildung die Ausbildungsplatzsituation 2004 realistisch, statistisch präzise und wahrheitsgemäß eingeschätzt: Die betriebliche Ausbildungsplatzsituation ist angespannt. Die Berufsberatungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit gibt die tatsächliche Ausbildungsplatzsituation nicht genau genug wider, die Zahl der „unversorgten“ Jugendlichen beträgt tatsächlich 100.000 bis 150.000 junge Menschen und die Angebots-Nachfrage-Relation verschlechtert sich.

Eine ähnliche Entwicklung ist für das Ausbildungsjahr 2005 zu erwarten und zu berechnen. Dabei wird anerkannt, wie groß das Bemühen der Verbände der Wirtschaft, der Unternehmen sowie des Staates als Bund und Länder ist und wieder sein wird, um möglichst allen Jugendlichen ein Ausbildungsangebot zu unterbreiten. Ohne den „Nationalen Ausbildungspakt“ wäre die Ausbildungssituation, insbesondere das betriebliche Ausbildungsplatzangebot, erheblich schlechter ausgefallen. Der „Nationale Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs in Deutschland“ vom 16. Juni 2004 muss also auch in diesem Jahr fortgesetzt werden, und ihm ist noch mehr Erfolg zu wünschen als im vergangenen Jahr.

Im Sinne dieser Bemühungen befasst sich dieses BWP-Ausbildungsheft mit der Verbesserung der Vermittlung von Jugendlichen, insbesondere in betriebliche Ausbildungsplätze. Die *Ausbildungsreife* muss verbessert werden; fehlende Ausbildungsreife darf nicht zu andauernder Erfolglosigkeit bei der Vermittlung führen und die Berufsausbildungsvorbereitung in Schulen und Betrieben muss effizienter organisiert werden.

„Wie aus Solisten ein Orchester wird!“ ist Aufforderung und Frage zugleich, wenn es um die *regionale Strukturverbesserung der Ausbildung* geht. Regionale Kooperation und Vernetzung ist unabdingbar und das Programm STARegio ist zum Erfolg verurteilt, wenn nicht weiterhin Energien bei der Ausbildungsplatzbeschaffung vertan werden sollen.

Die *staatlichen Ausbildungsplatzförderprogramme* müssen auf ihre Wirksamkeit hin evaluiert werden. Die Transparenz der Angebote, aber auch der Nachfrage der Jugendlichen, muss ebenso erhöht und realistisch bewertet werden wie die der häufig ominös glorifizierten „Nachvermittlung“.

Gekürzte oder gestufte, inhaltlich im Hinblick auf die Qualifikationsanforderungen angereicherte oder „abgespeckte“ *Ausbildungsberufe* müssen ideologiefrei und ohne Scheuklappen nur nach ihrem Nutzen für die jungen Menschen und die Betriebe bewertet werden.

Das alles und einiges mehr findet sich in dieser BWP-Ausgabe unter der einprägsamen programmatischen Forderung: **Jugendliche in Ausbildung!**

Es bleibt also viel zu tun, und an erster Stelle steht dabei ein ausreichendes und auswahlfähiges Angebot an betrieblichen Ausbildungsplätzen für alle nachfragenden Jugendlichen.

Zu tun bleibt auch:

Die *Berufsbildungsstatistik* muss offener, ehrlicher und kompletter werden. Die Erhebungsmöglichkeiten müssen umfassender sein, um zu präziseren Aussagen zu gelangen.

Das neue *Berufsbildungsgesetz (BBiG)* hat deutlich verbesserte Chancen eröffnet, das deutsche Berufsbildungssystem weiter zu entwickeln und zu modernisieren.

Nach der gesetzlichen Öffnung ist nun auch klar, dass Zahl und „Gestaltung der Lernorte“ im Berufsbildungssystem – aufbauend auf den beiden Hauptlernorten Betrieb und Teilzeitberufsschule – flexibel und bedarfsgerecht weiterentwickelt werden können.

Die Möglichkeit der *Ausbildung im Ausland* unter Anrechnung von Ausbildungsteilen ist durch das neue BBiG ebenso geöffnet worden, wie die europäisch geforderte Notwen-

digkeit, *anrechenbare Qualifizierungsbausteine* in europäischer Vergleichbarkeit in die Berufsbildungsinhalte zu integrieren und als Qualitätsstandards grenzüberschreitend zu verankern (ECVET). Hier haben wir in der nächsten Zeit so viel deutsche und europäische Arbeit zu leisten, dass einem Angst und Bange werden kann.

Die einschlägigen Beiträge in dieser BWP-Ausgabe zeigen deutlich, dass *Regionale Berufsbildungskonferenzen* zur Verbesserung des regionalen Dialogs und der Effizienz bei der Schaffung von betrieblichen Ausbildungsplätzen von großem Nutzen gewesen wären. Hier bleibt eine Zukunftsaufgabe für die nächste Novellierung des BBiG. Es gibt Aktivisten und vorbildliche Modelle, aber es gibt auch lahme Akteure in lahmen Regionen, wo Arbeitsagenturen, Kammern, Unternehmen, Gewerkschafts- und Arbeitgeberorganisationen, berufsbildende Schulen, Gemeinden, kommunale Träger, außer- und überbetriebliche Bildungseinrichtungen sowie private Träger weiterhin unverdrossen nebeneinander her arbeiten.

Auch eine *weitere Entbürokratisierung* unseres Berufsbildungssystems sollte in der Zukunft erfolgen: Mit der Verschlinkung und Reduzierung der Gremien beim Bundesinstitut für Berufsbildung ist bereits ein guter Anfang im neuen Gesetz gemacht worden. Aber noch vielmehr ist möglich. So wäre zum Beispiel die Effizienz bei der Erarbeitung neuer Ausbildungsberufe und neuer Berufsbilder durch die Einbeziehung der Vertreter der Kultusministerkonferenz und der Lehrer an berufsbildenden Schulen in die Sachverständigen-Gremienarbeit beim BIBB von Anfang an erheblich zu steigern. In der Zukunft muss endlich die *Gleichheit* (nicht nur in Sonntagsreden) der *berufsbildenden Schulen* dadurch demonstrativ hergestellt und bewiesen werden, dass in die Kammerabschlussprüfung neben diesem Drittel auch zu einem Drittel das Berufsschulzeugnis und zu einem weiteren Drittel das betriebliche Ausbildungszeugnis voll angerechnet werden. Überhaupt sollte man den Lehrern an berufsbildenden Schulen ein volles Stimmrecht in allen Gremien und Ausschüssen einräumen, damit die Gleichheit fachpraktischer und fachtheoretischer Ausbildung gewährleistet wird. Ebenso muss die Kammerprüfung für Absolventen vollzeitschulischer Berufsausbildung obligatorisch werden, wenn sie den Vorgaben der Ausbildungsordnungen als Rechtsverordnungen des Bundes und der Rahmenlehrpläne der Länder entspricht. Dazu ist es allerdings auch erforderlich, dass in Zukunft möglichst alle Gesundheits- und Pflegeberufsausbildungen, wo immer das möglich ist, in dualer Form organisiert werden.

Das „*Berufskonzept*“ (Berufsprinzip) ist von wachsender Bedeutung für die erste, grundlegende Berufsbildung, auch wenn es für die spätere Berufstätigkeit immer mehr an



HELMUT PÜTZ

Prof. Dr. phil., Präsident des Bundesinstituts für Berufsbildung, Bonn

Berufsbildung benötigt ein Drei-Säulen- Modell

Bedeutung verliert. Mit ihm werden berufs- und fachübergreifende Qualifikationen, Berufsreife und Kompetenz ebenso vermittelt wie berufliche Sozialisation und die Fähigkeit zu beruflicher Weiterbildung, zu Lebens-

langem Lernen, zu Mobilität und Flexibilität. Nur durch eine solche Sichtweise kann das Berufsprinzip auch für die Zukunft glaubwürdig gesichert werden.

Die jetzt vorhandene *Finanzierung der Berufsausbildung*, die auf mehrere Schultern verteilt ist (mit wachsendem staatlichen Anteil), muss als einzelbetriebliche Finanzierung dadurch gesichert werden, dass die Gerechtigkeitslücke zwischen ausbildenden und nichtausbildenden Betrieben durch freiwillige Vereinbarungen und Regelungen der Unternehmen und Organisationen der Wirtschaft geschlossen wird. Dann wird auch eine staatliche Umlagefinanzierung nicht nur überflüssig sein, sondern auch aus der politischen Diskussion verschwinden.

Deutschland benötigt ein *Berufsbildungssystem mit drei Säulen*: Kernsäule dieses Systems der Zukunft soll das weiterentwickelte und modernisierte Duale System sein. Daneben brauchen wir ein hocheffizientes außerbetriebliches Ausbildungssystem für die Jugendlichen eines Altersjahrgangs, die in der betrieblichen und teilzeitberufsschulischen Ausbildung nicht Fuß fassen können. Ein solches System muss auch von den Enthusiasten der dualen Ausbildung gewollt und unterstützt werden und es darf nicht als seine armselige Schwester behandelt werden. Diejenigen Jugendlichen, die es besonders schwer haben, eine Ausbildung abzuschließen, können hier durch spezielle Betreuung erfolgreich lernen, wobei der Betrieb mit seinen hohen Anforderungen in Produktion und Dienstleistung durch den außerbetrieblichen Lernort ersetzt wird. Dritte Säule des deutschen Berufsbildungssystems der Zukunft wird ein ausgebauten System vollzeitschulischer Ausbildung in Berufsfachschulen, Berufskollegs usw. sein. Nicht wertlose Kurzpraktika werten diese „Berufsfachschule-Plus“ auf, sondern alternierende Phasen fachpraktischer und fachtheoretischer Ausbildung in beruflichen Vollzeitschulen, die automatisch einmünden in die gemeinsame Kammer- und Schulabschlussprüfung, in Berufsfähigkeit und in gleichwertige Anerkennung auf dem Arbeitsmarkt.

Es bleibt also viel zu tun in der Weiterentwicklung der beruflichen Bildung unseres Landes. Der Lohn dafür wird auch in Zukunft sein: Ein effizientes und modernes Berufsbildungssystem, immer wieder gut ausgebildete junge Generationen und ein hochqualifizierter Fachkräftenachwuchs, der über Kompetenzen verfügt, flexibel und mobil auf die Arbeitsmarktveränderungen zu reagieren und aufgrund der Ausbildung nach den Prinzipien des Berufskonzepts zu lebenslangem Weiterlernen befähigt ist. ■